

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

|  |  |  |
|--|--|--|
| <b>Bezugspreis</b> mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72206 — <b>Postkontos Leipzig Nr. 53477</b> | <b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauchaer Str. 19/21<br>Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig<br>Telefon 72206. — <b>Verlag in Leipzig,</b><br>Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206 | <b>Inseratenpreis:</b> Die 1. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Wabvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 Gsp. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatm die 10 Gsp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 M. Insetate v. ausw. die 10 Gsp. Kolonelle 40 Pf. bei Wabvorschr. 50 Pf. Reklamezeile 2.25 M. |
|--|--|--|

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen, nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

## Ein „Meisterwerk“ der Herfurth-Leute

### Erbärmlichste Schmoterei

Die Leipziger Neuesten Nachrichten sind, ob ihrer Schmotereien weit über die Grenzen ihres engeren deutschen Verbreitungsgebietes hinweg bekannt. Vor nicht allzulanger Zeit nagelte einer unserer argentinischen Mitarbeiter diese Schmoterei gebührend fest, und jede Sonntagsnummer, aber auch die aller anderen Wochentage, bieten einen so ausgedehnten Stoff, daß man, um diese abgeschmackte Schmoterei bauernd aufzuzeigen, eigens einen besonderen Teil in der Zeitung dafür einrichten müßte.

Eine Gipfelleistung aber ihrer bisherigen Methoden erreichten die Goldschreiber des Herrn Herfurth in ihrer Freitagnummer „Oesterreich vor einem Staatsstreich“. So hieß es mit diesen Leitern über zwei Spalten hin. Das aber genügt nicht. Darum noch eine dreispaltige Schlotterlei. „Dunkle Mächte schalten in Oesterreich.“ Ausgesprochen aus Innsbruck, der Hauptstadt Tirols, wo also die Arbeiterbewegung am schwächsten ist, mußte ein faschistischer Skribist mitteilen, daß Oesterreich vor einem Staatsstreich stehe. Dieser erbärmliche Held hatte irgend etwas läuten hören. Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie war beschlossen worden, den Revolutionstag zu einer mächtigen antifaschistischen Kundgebung auszugestalten. Aus diesem Befehl hat dieser wundervolle Held den bevorstehenden Staatsstreich zu destillieren verstanden. Und die Leipziger Neuesten Nachrichten, dieses „Weltorgan“, gibt all diese Schmotereien in besonderer hervorgehobener fetter Schrift an der Spitze wieder. Wohl weiß, so glaubte, damit der Wiedererweckung helber Länder schließlich die Wege zu ebnen. Der Innsbrucker Staatsstreichspropheet meldete u. a. auch, wohl gemerkt aus Innsbruck, daß Herr Seipel tranklich sei. Die Warnmeldungen der SPD haben nunmehr die österreichische Gesandtschaft auf den Plan gerufen, die die Schmotereien des Leipziger Herfurthblattes mit nachsichtiger Darstellung entsprechend kommentiert.

„Die Meldung aus Innsbruck über angebliche Vorbereitungen zu einem Staatsstreich in Oesterreich entbehren jeder Grundlage. Die Resolution des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie läßt nicht darauf schließen, daß eine Wiederholung der Ereignisse des 15. Juli zu beabsichtigt ist. Die Unrichtigkeit der Nachricht ist schon dadurch gekennzeichnet, daß von einer Erteilung des Bundeskanzlers nichts bekannt ist, daß er, vielmehr gesten und heute bei den parlamentarischen Verhandlungen im Nationalrat anwesend war. Ebenfalls kann die Rede davon sein, daß die Organisationen für den Heimatschutz, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutze der Verfassung gegründet wurden, sich im entferntesten mit Plänen beschäftigen, wie sie ihnen in der Innsbrucker Meldung untergeschoben werden. Die Falschheit der Nachricht ergibt sich außerdem auch aus dem Umstand, daß widerprüchenderweise zuerst von einem angeblich bevorstehenden Putsch und dann von der Möglichkeit eines Umsturzes von Reichs die Rede ist. Beides ist gleich abwegig, und die politischen Ereignisse nach dem 15. Juli in Oesterreich sprechen alle für die fortschreitende Konsolidierung der inneren Verhältnisse.“

In diesen offiziellen Zeilen ist klipp und klar dargelegt, daß die Darstellungen des Innsbrucker Faschisten glatt aus den Fingern geflochten sind. Die Goldschreiber des Herrn Herfurth sehen ein, daß sie in ihrer Gutwilligkeit alles dessen, was aus faschistischer Quelle stammt — wir erinnern an die engen Beziehungen zwischen dem SPD und dem italienischen Konsulat — eine gehörige Dummheit begangen haben. Das aber hindert sie nicht, mit allerlei tendenziösen Redewendungen dennoch den Beweis für die Zuverlässigkeit dieses Innsbrucker Skribists erbringen zu wollen. Sie erklären, daß die Darstellung „von so autoritativer ausländischer Stelle stammt, daß deren Zuverlässigkeit auch die österreichische Gesandtschaft in Berlin nicht bezweifeln wird.“ Wollte man fragen, wer diese autoritative Stelle ist?

## Schleichwege der englischen Politik

### Lloyd George im Vordergrund

Von Paul Szende, Paris.

Die Wahlfaktien der englischen Arbeiterpartei werden auf der Londoner politischen Börse besonders hoch gezeichnet. Da sich in England das politische Interesse zumeist in sportlichen Formen kundtut und bereits leidenschaftlich auf die Möglichkeiten des Wahlausganges gewettet wird, so steigen ununterbrochen die Odds — die Sätze für den Sieg der Arbeiterpartei. Selbst in bürgerlichen Kreisen rechnet man mit einem entscheidenden Vorstoß der Arbeiter, der sich — dank dem englischen Wahlsystem, das nur die relative Mehrheit kennt — leicht in einen Sieg umwandeln kann. Ob die Wahlen schon im nächsten Jahre oder erst im Jahre 1929 stattfinden werden, steht noch aus, sicher ist es nur, daß selbst nach vorläufiger Beurteilung der Lage die Arbeiterpartei jeden Grund hat, den kommenden Wahlen mit Zuversicht entgegenzusehen.

Die konservative Partei hat vollständig aufgespielt, sie hat weder zugkräftige Wahlparolen, noch volkstümliche Führer. Weitbildende Finanzleute, die wissen, daß die Anwendung faschistischer Methoden in England unantastlich ist, wollen nicht mehr auf die Konservativen setzen. . . . Versagt die konservative Partei, nun gut, da muß man sie eben ihrem Schicksal überlassen, so geht man eben auf ein anderes Pferd! — Das früher vorhandene Zweiparteiensystem, das einen ständigen Regierungswechsel zwischen Konservativen und Liberalismus ermöglichte, war ein vorzüglicher Mechanismus zur Wahrung der allgemeinen kapitalistischen Interessen. Waren die Wähler über die Politik der Konservativen empört, so erlaubte ihnen dieser Mechanismus, ihr Mißfallen an der Regierungspartei dadurch zu kühlen, daß man bei den nächsten Wahlen gegen dieselbe Partei stimmte und den Liberalen zum Siege verhalf. Diese kamen nun an die Regierung, die Machtstellung der Hochfinanz, der Börse und der Großindustrie blieben unangefastet. Das Schaufelrad ging weiter, das Pendel schwang in die entgegengesetzte Richtung aus.

Diese Idylle hat aufgehört, seitdem die Arbeiterpartei in der politischen Arena erschien, den Liberalen den Rang ablief und zur zweitgrößten Partei des Parlamentes geworden war. Früher sah die City, obgleich in ihrer Mehrheit konservativ gesinnt, selbst Neuwahlen, wo der Sturz der Konservativen vorauszu liegen war, ohne Besorgnisse entgegen. Jetzt würde eine katastrophale Niederlage der Konservativen nicht mehr den Sieg der Liberalen, sondern den der Labour Party bedeuten! Kein Wunder daher, daß einige Führer der City sich jetzt mit dem Gedanken befassen, die Konservativen fallenzulassen und ihr Glück mit den bei den letzten Wahlen arg mitgenommenen Liberalen zu versuchen.

Die Befürworter dieses Planes rechnen nicht darauf, daß es der Liberalen Partei gelingen werde, die absolute Mehrheit zu erreichen. Sie hoffen aber, daß die Liberalen die Zahl ihrer Stimm erheblich vermehren und dadurch in die Lage kommen werden, eine entscheidende Rolle zu spielen, entweder mit den Konservativen, oder mit der Arbeiterpartei eine Koalitionsregierung zu bilden. Der größte Aktivposten dieses politischen Geschäftes ist die Person Lloyd George's. Mag man sich zu ihm stellen wie man will, er ist noch immer die interessanteste Figur des englischen politischen Lebens. Ein hinreißender Redner, ein struppeliger Demagog, der vor keinem Kniff, vor keiner Bewegung der Wahrheit zurückzuckt, wenn sie nur geeignet sind, die Hörer auf seine Seite zu bringen. Zuerst ein Vorkämpfer der Demokratie, ist er später, um erster Minister des britischen Weltreiches werden zu können, das Haupt der Kriegspartei geworden. Er ruinierte seine eigene Partei und verband sich mit den ärgsten Reaktionsären des Landes. Als diese ihn dann im Jahre 1922 vor die Tür setzten, war er demütig bloßgestellt, daß seine politische Laufbahn beendet erschien. Seine Fähigkeiten aber, und noch mehr die Unfähigkeit der konservativen Führer brachten ihn wieder in die Höhe, das Versagen der Konservativen, der drohende Vormarsch der Arbeiterpartei, lenkten die Aufmerksamkeit der Hochfinanz noch einmal auf ihn. So ist Lloyd George wieder auf der Bühne erschienen. Er beginnt schon jetzt die Wahlkampagne, hält Reden, erläßt Manifeste und verflucht über eine reiche Wahlfasse. Einer seiner Hauptgegner ist Lord Rothermere, ein führender Mann der Meinungsinindustrieigentümer mehrerer einflussreicher Zeitungen — die Daily Mail, die widerlichste aber am meisten verbreitete Zeitung Englands, gehört auch zu diesen. Lord Rothermere sagte sich von den Konservativen los, sein Favoritpferd im politischen Wettrennen ist nun an Lloyd George.

Die Finanzgruppe, die hinter Lloyd George steht, würde am liebsten nach den Wahlen eine Koalitionsregierung der Liberalen und der Labour Party sehen. Die Bankleute haben kein Vertrauen zu faschistischen Experimenten, da sie wohl wissen, daß diese eine Revolution als Gegenwirkung hervorzurufen könnten. Ihr Ideal wäre die Umschlingung und Desinfizierung der Labour Party in einer Koalition. Die Labour Party wie bisher diesen Plan

## Faschistengeld in Oesterreich

Die Zeitschrift Der Deutsche Volkswirt bringt einen Aufsatz ihres Herausgebers Georg Stolper, der mit der Überschrift „Wahr aus Oesterreich“ bezeugt ist. Er beschäftigt sich mit den dunklen Teilerbeiten, die aus der obenstehenden Schmoterei der Leipziger Neuesten Nachrichten zu ersehen sind. Georg Stolper weist auf die engen Beziehungen hin, die zwischen den Führern der Christlichsozialen Oesterreichs und Mussolini vorhanden sind. Die Zusammenhänge zwischen der christlichen Bewegung hat bei den Merkmalen Wiens niemals ein bemerkenswertes Echo gefunden, weil Herr Dr. Seipel und seine Hintermänner viel stärker nach Italien und nach Ungarn gravitieren, als daß ihnen der Zusammenstoß mit den sonst viel gerühmten „deutschen Vorbildern“ so unmittelbar dringend erschiene. Im oben genannten Aufsatz wird darauf hingewiesen, daß der christlichsozialen Landeshauptmann Prof. Ritter in engen Beziehungen zu Italien, pflege. Damit wird durchaus nichts Neues dargelegt. Diese Zusammenhänge und insbesondere das fleberhafte Mühen in allen agrarischen Gebieten Oesterreichs wurde von sämtlichen Rednern des letzten Wiener Parteitages, die aus der Provinz herbeigeeilt kamen, mit aller Klarheit dargelegt. Georg Stolper weist auf die politischen Wirkungen des 15. Juli hin, die reichlich schief gesehen sind. Was er aber über die Haltung des Bundeskanzlers Seipel schreibt, kann bedingungslos unterstrichen werden.

„Daß Seipel den Kreuzzug predigt, die Bewaffnung der Heimwehr- und Frontkämpferorganisation gern sieht, ist nach der oben zitierten Rede (in den Canisuswerken: Die Red.) außer Zweifel. Daß gegen die Sozialdemokratie, die ihm Jahre hindurch persönlich in den wüstensten Formen (Herr Dr. Seipel und seine Hintermänner sind ihr in nichts nachgekommen. Die Red.) bekämpft hat, mißt sich dabei mit katholischem Fanatismus gegen die Partei der „Ungläubigen“ wie mit dem Wunsch nach einer konservativen Revision der Wirtschaft- und Sozialgesetzgebung des Landes, die ihm noch viel „revolutionären Schmutz“ mitzuführen scheint. Wie weit Seipel an den italienischen Plänen aktiv beteiligt ist, läßt sich natürlich nicht nachweisen. Daß ihre Durchführung ohne oder gar gegen ihn nicht verläuft werden kann, darüber kann Mussolini so wenig im Unklaren sein wie Herr Ritter.“

Das ist der eigentliche Kern der Schmotermeldung, die die Leipziger Neuesten Nachrichten brachten. In Wirklichkeit denkt die Sozialdemokratische Partei nicht daran, mit den Mitteln der Gewalt einen Umsturz herbeizuführen. Dies um so weniger, als das kleine Oesterreich isoliert keinen sozialistischen Staat zu errichten vermag. Um so größer aber sind die Gefahren, die von Ungarn und Italien drohen und auf die Georg Stolper, mit besonderem Nachdruck verweist. Soviel freilich kann nicht bestritten werden, daß mit dem 15. Juli den faschistischen Heimwehren der Kampf bis zum äußersten geschwollen ist, und das war das Kardinalproblem auf dem letzten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Jeder mit den Verhältnissen betraute österreichische Sozialdemokrat weiß, daß die Faschisten emsig tätig sind, um durch Streiks in den lebenswichtigen Betrieben und durch allerlei sonstige Provokationen einen neuen blutigen Zusammenstoß zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgertum herbeizuführen. In Wien hat man nur allzu deutliche Beweise dafür, daß die Faschisten versuchen, in den Elektrizitätswerken und anderwärts Eingang zu finden, um durch ihre Mitarbeit die politischen Voraussetzungen für einen neuen 15. Juli zu schaffen. Darum hat der österreichische Parteitag die Gewerkschaften der „Julihelden“ geschlossen und einmütig abgelehnt und darum fordert er eiserne, festeste Disziplin. Das hat manchen Parteizeitungen nicht ohne weiteres eingeleuchtet. Sie fordern „Mehr Klarheit“ und rügen die „müßigen“ Haltung der Leip-

ziger Volkszeitung, die sich ihr Urteil allerdings an Ort und Stelle gebildet hat und das von dem österreichischen Genossen Doktor Pollak in einem weiteren Artikel unterstrichen wurde.

Dagegen vermag auch die Tatsache nicht aufzukommen, daß, wie wir besonders hervorgehoben hätten, die Heidenvereinerung Mag Abiers auf der Gallerie stürmische Weifalschalen erzeugte. (Er hat diese Ausführungen in einer persönlichen Bemerkung zurückgenommen.) Die Verantwortung für den 15. Juli freilich wurde nicht den sozialistischen Mittelstufen, die auf der Gallerie des Arbeiterheims zu Diakring im Vordergrunde standen, beigemessen, sondern den leitenden und führenden Funktionären der Partei, denen allerdings die Zusammenhänge, die Georg Stolper zeigt, schon seit langem durchaus nichts Neues mehr sind.

## Warum werben wir?

Wer ein Ziel zu erreichen strebt, wird aus Überzeugungskraft und praktischem Ermessen bemüht sein, das zu sagen, daß möglichst viele das selbe wollen wie er. Daraus beruht alles, was wir als Massenbewegung, aus der Geschichte kennen, darauf beruht auch Gründung, Wachsen und Wirken der politischen Parteien und der Gewerkschaften. Gerade die Erfahrungen aus gewerkschaftlicher Tätigkeit zwingen zu politischer Arbeit. Ein schlechtes Gesetz kann soziale Erzeugnisse beträchtlich schwächen, eine wirtschaftspolitische Maßnahme (Zölle, Handelsverträge) die Früchte operativer Kämpfe der Gewerkschaften erheblich beschneiden, ganz abgesehen davon, daß wirtschaftliche Kämpfe unter möglichst gleichen Bedingungen und Bindungen für beide Teile auszuspielen sind. Darum kann der einseitige Wille der Gewerkschaften die politische Betätigung nicht entbehren, muß er sich mühen, Erzeugnisse zu schaffen, Anzustrebendes gesellschaftlich möglichst wenig behindert zu wissen. Für denjenigen, der sich nicht selbstbewußt und sich selbstbewußt als politischer Arbeiter kommt als politische Partei

### nur die Sozialdemokratie

in Betracht. Bei ihr weiß er die Vertretung seiner Interessen am besten zu garantieren.

Peter Grafmann

